

Berlin



An der Beuth-Hochschule im Wedding studieren rund 13 000 junge Menschen, es gibt dort 70 Bachelor- und Masterstudiengänge.

IMAGO STOCK&PEOPLE

Eine Hochschule stellt ihren Namensgeber zur Debatte

War Christian Peter Wilhelm Beuth ein Antisemit? Mehrere Forscher halten das für erwiesen, der Altpräsident widerspricht. Ein Symposium soll Klarheit bringen

Von Petra Sorge

Er bezichtigte Juden der „rücksichtslosen Gewinnsucht“, der „Arbeitsscheu“ und wünschte sich das „Verbluten“ von „Judenjungen“ bei der Beschneidung: Der preußische Beamte und Wegbereiter der Ingenieurwissenschaften Christian Peter Wilhelm Beuth (1781-1853) war ein Mann, der mit antisemitischen Worten auf sich aufmerksam machte. Was vor rund einem halben Jahr einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde, ist für die Beuth-Hochschule für Technik ein ernstes Problem.

Erst 2009 hat die Hochschule den Namen Beuths übernommen. Seit anderthalb Jahren diskutiert sie nun, ob sie sich wieder umbenennen sollte, am kommenden Donnerstag und Freitag auch auf einem Symposium. Im Anschluss sollen Studierende und Mitarbeiter in einer Umfrage beteiligt werden.

Vom Ausgang der Debatte hängt auch ab, wie sich zwei weitere Institutionen verhalten, die den Namen des Wissenschaftspioniers tragen: erstens die Christian-Peter-Beuth-Gesellschaft, ein eingetragener Verein, der bis vor wenigen Jahren noch den Christian-Peter-Beuth-Preis für Verdienste in den Ingenieurwissenschaften auslobte. Und zweitens der Beuth-Verlag, eine Tochter des Deutschen Instituts für Normung (DIN), der auf seiner Webseite nirgends Beuths Antisemitismus erwähnt. Auf Anfrage verweist der Verlag auf die anstehende Hochschultagung.

Dort ist Präsidentin Monika Gross auf Transparenz bedacht, es gibt einen Livestream von dem Symposium. Der Diskurs gebe „allen Mitgliedern der Hochschule Gelegenheit, sich eine eigene Meinung zu bilden“, lässt sie ausrichten.

Achim Bühl fehlt auf dem Podium

Doch die Debatte droht, schon vor Tagungsbeginn einseitig zu verlaufen. Das Problem: Der Soziologe und Rassismuskritiker Achim Bühl, der mit seiner Stellungnahme zu Beuth im Juni 2017 die ganze Diskussion in Gang gebracht hat, sitzt auf keinem Podium, an keinem der Tage. Auch kein einziger Vertreter der Initiative zur Umbenennung der Hochschule, eine Vereinigung kritischer Lehren-

der, bekommt einen Redebeitrag. „Die Initiative wurde auch bei der Vorbereitung nicht eingebunden“, sagt Mitinitiator Matthias Schmidt, Professor für Unternehmensführung und -ethik, der nach eigenen Angaben im Dezember wegen Querelen mit der Hochschulleitung ein erfolgreiches Flüchtlingsprojekt einstellen musste. Das Präsidium hat allenfalls angeboten, beim Abschlusspodium den Platz des Studentenvertreters einzutauschen – keine Option für den Allgemeinen Studierenden Ausschuss (ASTA) und die Initiative.

Die Initiative zur Umbenennung bekam nicht mal eine eigene Webseite. Stattdessen ein knappes Thesenpapier auf der Diskursseite – hinter einer Passwortwand. Das empört Schmidt, der das Papier auf seiner eigenen Seite veröffentlichte: Die Argumente der Initiative bräuchten „keinen Schutz vor der Öffentlichkeit“. Die Pressestelle der Hochschule erklärt, das Symposium sei bereits im Sommersemester 2018 konzipiert worden. „Zu diesem Zeitpunkt gab es die Initiative nicht.“

Steile Thesen

Doch damit nicht genug: Hinter den Passwortschranken lauert akademischer Sprengstoff. Zum Beispiel ein Papier des Altpräsidenten der Hochschule, Reinhard Thümer. Der ist weder Historiker noch Soziologe, sondern promovierter Wirtschaftsingenieur. Er hatte sich im Oktober aus dem Ruhestand heraus an der laufenden Antisemitismus-Debatte beteiligt – schließlich hat er auch die Umbenennung der Hochschule 2009 maßgeblich mit zu verantworten. Seine These: Beuths öffentliches Wirken zeige „eine Persönlichkeit, die den Vorwurf Antisemit nicht verdient“. Aufgrund von Abweichungen bei der Handschrift könne, „weder verifiziert noch falsifiziert werden“, ob Beuth tatsächlich der Urheber einer besonders üblen, jüdenfeindlichen Rede und auch Mitglied der entsprechenden Gesellschaft gewesen sei. Rassismuskritiker Bühl spricht in einer Stellungnahme zu den Einlassungen Thümers von „unwissenschaftlichen, nicht belegbaren, gänzlich spekulativen und äußerst kruden Thesen“. Dafür sei „das Wort ‚Hobby-Geschichtswissenschaft‘ noch höchst schmeichelhaft“.

INGENIEURSSCHMIEDE

Ursprung: Die Beuth-Hochschule entstand 1971 als Technische Fachhochschule Berlin durch den Zusammenschluss von vier staatlichen Ingenieurakademien: der Ingenieurakademie Beuth, Gauß und Bauwesen sowie der Ingenieurakademie für Gartenbau.

Umbenennung: Die 2009 erfolgte Umbenennung erfolgte mit Verweis auf den „Bildungsreformer“ Beuth. Er habe „mit seinem Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes in Preußen den Boden für die Professionalisierung der handwerklich-technischen Ausbildung bereitet“.

Größe: Die Hochschule im Stadtteil Wedding bietet nach eigenen Angaben das größte ingenieurwissenschaftliche Studienangebot in Berlin und Brandenburg. Mit rund 13 000 Studierenden und 300 Professoren zähle sie den größten Fachhochschulen Deutschlands.

Bei dem Dokument geht es um eine Rede, die Beuth zwischen 1810 und 1816 vor der Deutschen Tischgesellschaft hielt – einem zotigen, sexistischen Männerbund, der schon per Satzung Juden ausschloss. Beuth verhönte die Juden und erinnerte daran, dass es bereits im Mittelalter eine verpflichtende Kennzeichnung für sie gab, nämlich „gelbe spitze Hüte“. „Als 24 Juden 1510 in Berlin lebendig verbrannt wurden, trugen sie dergleichen (...), wie solchen Juden gebührt.“

Rassismuskritiker Bühl sieht einen „völkisch-nationalistischen Antisemitismus“, der deutliche Annäherungen an den „eliminatorischen Antisemitismus“ des späteren Nationalsozialismus erkennen lasse. In Beuths Geburtsort Kleve war man von diesen Erkenntnissen erschüttert: Die Bürgermeisterin ließ im Juni 2018 eine Beuth-Gedenkplakette ablehnen.

Bühl hat eine Erklärung, wie es zu der abweichenden Handschrift gekommen sein könnte: Vermutlich hat ein Schreiber den Text verfasst.

Tatsächlich ist Beuths Judenhass auch außerhalb der Tischgesellschaft dokumentiert. Etwa in einer Stellungnahme Beuths an König Friedrich Wilhelm III. 1822, einen Beleg, den die Gutachter Jörg Rudolph und Christian Schölzel fanden. Beuth, damals Mitglied des preußischen Staatsrates, wollte eine Gleichstellung der Juden unbedingt verhindern. Er schmähte sie als habgierig, verkommen und triebgesteu-

ert. Über die polnischen Juden sagte er, sie seien „auf einer noch niedrigeren Stufe der geistigen und sittlichen Ausbildung stehen geblieben“.

Für Reinhard Thümer, den Altpräsidenten der Hochschule, waren das Stereotype, die sich „im gesamten ‚christlichen Abendland‘ wiederfinden“. Für den Soziologen Bühl ist dagegen klar: Thümers Papier sei ein „Dokument der Leugnung des Antisemitismus Beuths, das verschwörungstheoretische Züge annimmt“. Auch der Historiker Stefan Nienhaus, der 2003 über die Tischgesellschaft habilitierte, spricht von einer „Leugnung der Tatsachen“.

Die Hochschule lässt das nicht gelten. Der Altpräsident der Hochschule habe „nie Antisemitismus geäußert, eine solche Behauptung ist ehrverletzend“. Im Übrigen sei Thümers Papier auf Bühls Verlangen nicht öffentlich gestellt worden, „obgleich es den wissenschaftlichen Anforderungen entspricht“. Denn, so eine Sprecherin, „dort sind alle Hinweise mit Quellenangaben versehen“. Das sei bei Bühls Erwiderung nicht der Fall, sie „entspricht nicht dem wissenschaftlichen Standard einer Hochschule“. Allerdings ist dessen Papier auch eher ein pointierter, aufbrausend geschriebener Meinungsbeitrag – einen Aufsatz mit Fußnoten hatte Bühl ja schon im Juni 2017 geliefert.

Reinhard Thümer selbst ergänzt, es müsse an einer wissenschaftli-

chen Einrichtung erlaubt sein, „Zweifel an einer herrschenden Meinung zu äußern, ohne dass man diffamiert wird“.

Manche Leser zweifeln durchaus. So sagt ASTA-Vertreter David Czyccholl: Man habe nach der Lektüre von Thümers Papier „keine Ahnung mehr, wo einem der Kopf steht“. Czyccholl, der als Befürworter der Umbenennung auf dem Beuth-Podium sitzt, vertritt die Studierenden auch in der vom Präsidium eingesetzten „Arbeitsgruppe Diskurs Beuth“. Sie soll das Thema eigentlich aufarbeiten. Czyccholl aber beobachtet: „Thümer hat die Debatte in der Arbeitsgruppe verlangsamt und entpolitisiert.“

Soziologe Bühl fordert daher: Altpräsident Thümer runter vom Podium. Auf dem zentralen Abschlusspodium des Symposiums dürfe keiner sitzen, „der den fachwissenschaftlich verbrieften Antisemitismus Beuths leugnet“. Es sei „skandalös“, dass das Publikum verwirrt werde, so Bühl. Den Umbenennungsgegnern sollten offenbar „Mehrheiten per Desinformation“ verschafft werden.

Die Hochschule erklärt, Thümer sei bereits im Sommer 2018, als das Symposium vorbereitet wurde, eingeladen worden. „Er hat 2008 die Namensgebung der Hochschule als Präsident geführt und soll dazu berichten.“ Der Rassismuskritiker Bühl wurde laut einer Mail, die der Berliner Zeitung vorliegt, ermahnt. Noch vor Weihnachten musste er demnach eine Belehrung unterzeichnen, keine hochschulinterne Korrespondenz herauszugeben. Das Präsidium äußert sich zu dem Vorgang nicht.

Biograf gibt Rückendeckung

Auch wenn Bühl erst einmal altgestellt sein sollte – für ihn sprechen auch noch andere. So hält auch der Antisemitismus-Beauftragte der Jüdischen Gemeinde Berlin, Sigmund Königsberg, das Thümer-Papier für „problematisch“. Versuche, „Antisemitismus zu leugnen, zu relativieren oder zu bagatellisieren“, kenne er – so Königsberg – auch aus anderen Debatten, etwa, als die Universität Greifswald den Namen des Schriftstellers Ernst Moritz Arndt ablegte.

Rückendeckung erhält Bühl inzwischen sogar von einem, den er zuvor selbst angegriffen hat: dem

Beuth-Biografen und früheren Geschäftsführer des Beuth-Verlages, Helmut Reihlen. Reihlen ist auf Beuths Antisemitismus in den ersten drei Auflagen seiner großen Biografie nicht eingegangen. Erst in der vierten Auflage der Beuth-Biografie 2014 fand die Tatsache überhaupt Erwähnung, „und dies auf nur wenigen Seiten“, moniert Bühl. Mit diesem Vorwurf konfrontiert, erklärt Reihlen heute: „Ich habe in den Unterlagen natürlich auch die hässlichen antisemitischen Aussagen Beuths gefunden.“ Sein Interesse sei damals aber ein anderes gewesen. „Ich habe falsch eingeschätzt, wie zentral das ist“, so Reihlen.

Die Banalisierung des Bösen

Selbst der Beuth-Verlag rettet sich nun aus der Verantwortung, indem er auf die vierte Auflage von Reihlens Biografie verweist: Dort werde „die antisemitische Haltung Beuths ungeschönt erläutert“.

Am deutlichsten ist eine neuseitige Stellungnahme, die Uffa Jensen verfasste, der stellvertretende Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung (ZfA) an der TU Berlin. Darin zerpfückt der Historiker Thümers Argumente, kritisiert Quellen und Methodik. Im Papier des Altpräsidenten hätten sich nicht nur „viele Ungenauigkeiten“ eingeschlichen. Es habe auch „keine neue Grundlage“ für eine Revision der etablierten Lehrmeinung geliefert. Es sei „unredlich, alternative Fakten zu suggerieren“, nur „weil man bestimmte politische Interessen verfolgt“. Der Berliner Zeitung liegt auch die Mail vor, die Jensen namens der gesamten ZfA-Leitungsebene an die Hochschule schickte. Man trete „energisch“ Thümers „Exkulpationsversuchen“ entgegen, wonach damals sowieso alle antisemitisch waren, so Jensen. Mit Verweis auf die Totalitarismusforscherin Hannah Arendt warnt er: „Genau diesem Narrativ der historischen Banalisierung des Bösen versuchen wir, durch unsere Arbeit entgegen zu wirken.“

Eine klare Faktenlage – oder? Die Aufklärer der Hochschul-Arbeitsgruppe waren sich zuletzt nicht alle sicher. Im Protokoll vom 11. Dezember heißt es zur Frage von Beuths Antisemitismus: „Wir werden keinen endgültigen Beweis finden.“